

5. Blitzumfrage der IHK-Organisation zu den Auswirkungen der COVID-19 Pandemie

Sonderauswertung Unterstützungsmaßnahmen



 **GemeinsamWirtschaftStärken**

Vor dem aktuellen Hintergrund: Welche Maßnahmen der Politik sind aus Sicht der Unternehmen notwendig, um die Wirtschaft zu stützen?

Dringenden Handlungsbedarf sieht die Mehrheit der Unternehmen beim Bürokratieabbau. Das gilt branchenübergreifend. Am zweithäufigsten wird das Vorantreiben der Digitalisierung genannt. Vor allem Industriebetriebe sehen hier die Politik am Zug (41 Prozent). Mehr als ein Viertel aller Betriebe spricht sich für verbesserte Abschreibungsbedingungen und eine Ausweitung des steuerlichen Verlustrücktrages aus. Während 45 Prozent der Industriebetriebe wettbewerbsfähige Energiepreise einfordern, geht es der Hälfte der vom Teil-Lockdown betroffenen Branchen, vor allem Gastgewerbe, Reise – sowie Kultur- und Freizeitwirtschaft, um ein Nachsteuern bei den finanziellen Hilfsmaßnahmen. Hier ist der Anteil der Betriebe, die sich für ein weiteres Konjunkturprogramm aussprechen, mit rund 40 Prozent auch höher als in den anderen Wirtschaftszweigen: in der Industrie, dem Bau und dem Handel sehen das rund ein Viertel der Unternehmen als notwendig an.

Bei der Forderung nach Bürokratieentlastung sind sich alle Unternehmensgrößen einig. Im Fokus der kleinen und mittleren Unternehmen stehen daneben vor allem steuerliche Maßnahmen, ein weiteres Konjunkturprogramm sowie das Nachsteuern bei den finanziellen Hilfen. Der größere Mittelstand und die großen Unternehmen legen ihr Augenmerk stärker auf das Vorantreiben der Digitalisierung sowie wettbewerbsfähige Energiepreise.



Maßnahme	Anzahl der Beschäftigten im Unternehmen				
	1-19	20 - 249	250 - 499	500 - 999	1.000 und mehr
Keine	4%	5%	5%	5%	3%
Nachsteuern bei finanziellen Hilfsmaßnahmen	29%	21%	14%	15%	14%
Digitalisierung vorantreiben	25%	41%	55%	56%	64%
Wettbewerbsfähige Energiepreise	19%	31%	37%	44%	37%
Bürokratieentlastung	57%	66%	68%	67%	71%
Ausweitung des steuerlichen Verlustrücktrages	30%	28%	23%	27%	23%
Verbesserte Abschreibungsmöglichkeiten	26%	30%	26%	26%	25%
Steuerliche Entlastungen	20%	16%	10%	15%	8%
zusätzliches staatliches Konjunkturprogramm	30%	26%	26%	24%	23%
Sonstiges	8%	6%	8%	3%	3%

Anteil der Unternehmen, die staatliche Unterstützungsmaßnahmen in Anspruch nehmen oder planen welche zu beantragen:

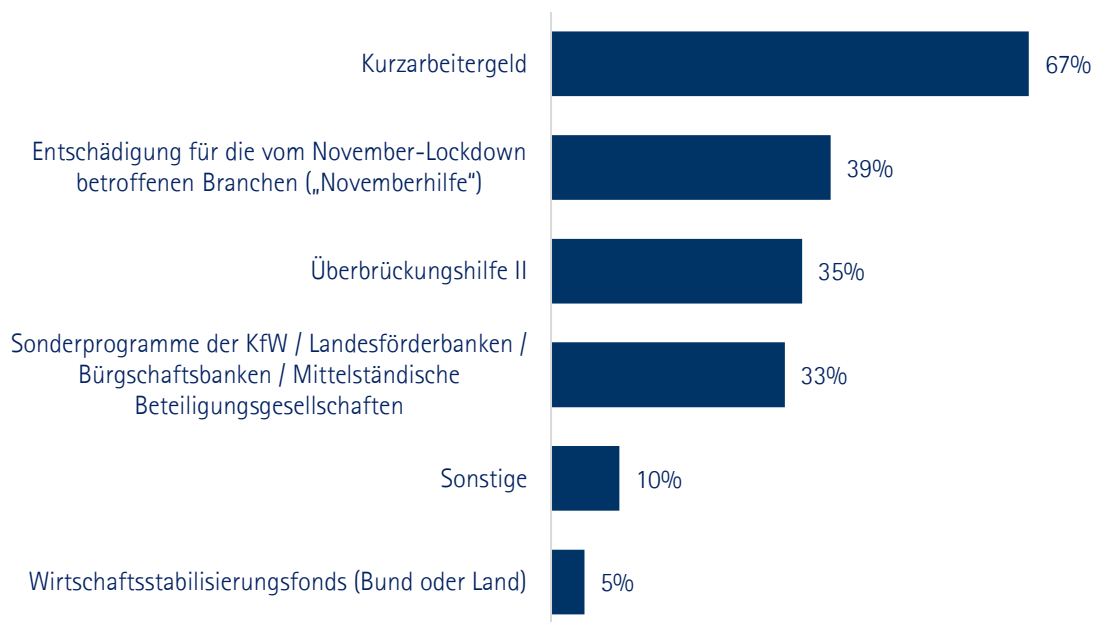
Über 40 Prozent der Unternehmen nehmen bisher staatliche Unterstützungsmaßnahmen in Anspruch, um die wirtschaftlichen Folgen der Corona-Krise abzufedern.



Wenn ja: Folgende staatliche Unterstützungsmaßnahmen beantragen die Unternehmen:

Besonders stark nachgefragt ist das Kurzarbeitergeld (67 Prozent). Mehr als ein Drittel der Unternehmen nutzt jeweils auch KfW-Sonderprogramme o.ä. (33 Prozent), die im Herbst aufgelegte Überbrückungshilfe II (35 Prozent) sowie ganz aktuell die Novemberhilfe für vom Teil-Lockdown besonders betroffene Branchen (39 Prozent). Letzteres gilt vor allem für das Gastgewerbe, in dem 90 Prozent der Betriebe eine Inanspruchnahme der November-Hilfe planen. Das Kurzarbeitergeld wird vor allem von den Industriebetrieben genutzt (84 Prozent). Die Überbrückungshilfe II, die seit Oktober beantragt werden kann, konzentriert sich vor allem auf die Reisewirtschaft (72 Prozent), die Kultur- und Kreativwirtschaft (49 Prozent) sowie das Gastgewerbe (47 Prozent).

Vor allem die kleinen und mittelständischen Unternehmen nutzen stärker als andere die staatlichen Kredit- und Bürgschaftsprogramme. Die Überbrückungshilfe II sowie die Novemberhilfe werden intensiver von kleinen Unternehmen (1-19 Beschäftigte) in Anspruch genommen.



Impressum

Deutscher Industrie- und Handelskammertag e. V.

Bereich Internationale Wirtschaftspolitik, Außenwirtschaftsrecht

Herausgeber und Copyright

© Deutscher Industrie- und Handelskammertag e. V.

Postanschrift: 11052 Berlin | Hausanschrift: Breite Straße 29 | Berlin-Mitte

Telefon 030 20308-0 | Fax 030 20308-1000

DIHK Brüssel

Vertretung des Deutschen Industrie- und Handelskammertages bei der Europäischen Union

19 A-D, Avenue des Arts | B-1000 Bruxelles

Telefon : +32 2 286-1611 | Fax +32 2 286-1605

Internet

www.dihk.de

Facebook

www.facebook.com/DIHKBerlin

Twitter

http://twitter.com/DIHK_News

Redaktion

Melanie Vogelbach, Dr. Kathrin Andrae

Grafik

Lola Machleid, Sebastian Titze

Bildnachweis

<https://www.gettyimages.de/>

Stand

November 2020